

Beschlussempfehlung und Bericht

des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Katja Keul, Margarete Bause, Dr. Franziska Brantner, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 19/16842 –

Zivilbevölkerung schützen – Den Einsatz von Explosivwaffen in besiedelten Gebieten vermeiden

A. Problem

Der weiträumige Einsatz von Explosivwaffen in bevölkerten Gebieten (Explosive Weapons in Populated Areas – EWIPA) durch staatliche wie nichtstaatliche Akteure hat in bewaffneten Konflikten etwa in Afghanistan, Syrien und Jemen eine wachsende Zahl von Opfern unter der Zivilbevölkerung gefordert. Vor diesem Hintergrund hat sich die Bundesregierung in den letzten Jahren auf internationaler Ebene besonders im Rahmen der Vereinten Nationen gemeinsam mit anderen Staaten und Nichtregierungsorganisationen für eine Minimierung des Einsatzes von EWIPA eingesetzt, die in einer politischen Erklärung über den Schutz der Zivilbevölkerung vor den Folgen der Einsätze von Explosivwaffen in bewohnten Gebieten ihren Niederschlag finden soll. Mit dem vorliegenden Antrag soll die Bundesregierung aufgefordert werden, ihr bisheriges Engagement unvermindert fortzusetzen und sich für eine möglichst umfassende Erklärung einzusetzen, die sich an staatliche wie nichtstaatliche Akteure richtet und sämtliche Explosivwaffen mit Flächenwirkung erfasst.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Keine.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 19/16842 abzulehnen.

Berlin, den 24. März 2021

Der Auswärtige Ausschuss

Dr. Norbert Röttgen
Vorsitzender

Markus Grübel
Berichterstatter

Dr. Bärbel Kofler
Berichterstatterin

Dr. Anton Friesen
Berichterstatter

Ulrich Lechte
Berichterstatter

Sevim Dağdelen
Berichterstatterin

Omid Nouripour
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Markus Grübel, Dr. Bärbel Kofler, Dr. Anton Friesen, Ulrich Lechte, Sevim Dağdelen und Omid Nouripour

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat die Vorlage auf **Drucksache 19/16842** in seiner 144. Sitzung am 31. Januar 2020 beraten und zur federführenden Beratung dem Auswärtigen Ausschuss sowie zur Mitberatung dem Verteidigungsausschuss und dem Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Der weiträumige Einsatz von Explosivwaffen in bevölkerten Gebieten (Explosive Weapons in Populated Areas – EWIPA) durch staatliche wie nichtstaatliche Akteure hat in bewaffneten Konflikten etwa in Afghanistan, Syrien und Jemen eine wachsende Zahl von Opfern unter der Zivilbevölkerung gefordert. Vor diesem Hintergrund hat sich die Bundesregierung in den letzten Jahren auf internationaler Ebene besonders im Rahmen der Vereinten Nationen gemeinsam mit anderen Staaten und Nichtregierungsorganisationen für eine Minimierung des Einsatzes von EWIPA eingesetzt, die in einer politischen Erklärung über den Schutz der Zivilbevölkerung vor den Folgen der Einsätze von Explosivwaffen in bewohnten Gebieten ihren Niederschlag finden soll. Mit dem vorliegenden Antrag soll die Bundesregierung aufgefordert werden, ihr bisheriges Engagement unvermindert fortzusetzen und sich für eine möglichst umfassende Erklärung einzusetzen, die sich an staatliche wie nichtstaatliche Akteure richtet und sämtliche Explosivwaffen mit Flächenwirkung erfasst.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Verteidigungsausschuss** hat die Vorlage auf Drucksache 19/16842 in seiner 82. Sitzung am 24. März 2021 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP die Ablehnung.

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat die Vorlage auf Drucksache 19/16842 in seiner 76. Sitzung am 24. März 2021 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP in Abwesenheit der Fraktion der AfD die Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Auswärtige Ausschuss** hat die Vorlage auf Drucksache 19/16842 in seiner 77. Sitzung am 24. März 2021 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP die Ablehnung.

Berlin, den 24. März 2021

Markus Grübel
Berichtersteller

Dr. Bärbel Kofler
Berichterstellerin

Dr. Anton Friesen
Berichtersteller

Ulrich Lechte
Berichtersteller

Sevim Dağdelen
Berichterstellerin

Omid Nouripour
Berichtersteller